

EINGANG
Büro Stadtrat

21. 3. 16 Halden

20160213 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Weißenfels:

Der Stadtrat beschließt:

Der Zustimmungsvorbehalt der Bürger bei der Erhebung von Beiträgen und Investitionen ist als zwingend vorzuschreiben.

Begründung:

So sichern wir die Mitnahme der Bürgerinnen und Bürger beim verantwortungsvollen Umgang mit den äußerst knappen Finanzen der Stadt und verhindern eine weitere Verschuldung der Bürger und der Stadt durch immer höhere Belastungen durch Eigenanteile bei Fördermitteln.

Die letzten Beispiele zeigen, dass ein Landesgesetz, das KAG welches seit 1992 in Kraft ist und erst kürzlich durch einen Beschluss der amtierenden Landesregierung, nachträgliches Erheben von Beiträgen, erneut verschärft und zu weiteren Belastungen führte wurde nun durch diese Landesregierung als möglicherweise wirkungslos eingeschätzt wird. Erst umfangreiche Bürgerproteste und aktuelle Entscheidungen von Gerichten in anderen Bundesländern haben bei der Regierung Denkprozesse angestoßen. Das zeigt deutlich, dass die Bürger mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten müssen. Wenn dadurch einige geplante Investitionen verschoben oder auch aufgehoben werden müssen.

Es geht im Kern darum die Arbeit der Verwaltung dahin gehend zu verbessern, dass solche Entscheidungen mit den Bürgern gemeinsam getroffen werden. Das bedeutet, dass die Arbeit der Verwaltung qualifiziert auf die Überzeugung gerichtet werden muss und keine Entscheidungen mehr über die Köpfe der Bürger getroffen werden können.

Hans Klitzschmüller
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE
Im Stadtrat Weißenfels